

Ein-Euro-Jobs sind keine Arbeitsplätze !

Anlässlich der Beratung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes mit seinen Mitgliedsverbänden über die zukünftige Bereitstellung, Ausgestaltung und Verwaltung von knapp 600 Prämienarbeitsplätzen in Bremen am 13. September fordert das „Bündnis gegen Sozialkahltschlag und Bildungsabbau“ die Verbände und Träger auf, sich vor einer Entscheidung über die Beteiligung an dem Programm zumindest kritisch mit den Rahmenbedingungen und den zu erwartenden Auswirkungen auseinander zu setzen.

Den bundespolitischen Vorgaben folgend, verabschiedet sich auch die Bremische Landesregierung von der Aufgabe, existenzsichernde Erwerbsarbeit zu fördern. Schon ab Oktober sollen zunächst 360 Jobs bei Wohlfahrtsverbänden und im öffentlichen Dienst und 200 weitere Prämienarbeitsplätze bei Bremer Beschäftigungsträgern eingerichtet werden. Die Beschäftigten können bis zu 250 Euro netto im Monat zum Arbeitslosengeld II/Sozialgeld (+ Miet- und Heizkostenzuschuss) dazuverdienen, so der Sprecher der Bremer Agentur für Arbeit, Jörg Nowag am 06.09.04 im Weser-Kurier.

Wir geben zu bedenken, dass mit der Bereitstellung derartiger Arbeitsgelegenheiten weder ein Beitrag zur Bekämpfung von Armut noch von Erwerbslosigkeit geleistet werden kann. Bei dem „Ein-bis-zwei-Euro zum Arbeitslosengeld II-Programm“ handelt es sich um streng regulierte, von staatlicher Stelle zugewiesene Maßnahmen, die kein Arbeitsverhältnis im rechtlichen Sinne begründen.

Rechte ?

Die Beschäftigten sind weder renten- noch arbeitslosenversichert. Es besteht kein Urlaubsanspruch oder Anspruch auf betriebliche Sozialleistungen, ebenso wenig besteht ein Vertretungsrecht durch einen Personal- oder Betriebsrat; Kündigungs- und Mutterschutz, Arbeitszeit- und Überstundenregelungen? Nicht vorgesehen. Eine Ausweitung dieser ungeschützten Zwangs-Beschäftigungsverhältnisse führt zusätzlich zu einer weiteren Vernichtung von Normalarbeitsverhältnissen im privaten,

öffentlichen und halbstaatlichen Bereich sowie in der Wohlfahrtspflege und erhöht zusätzlich den Druck auf die ortsüblichen/tariflichen Löhne und ArbeitnehmerInnen-Rechte.

Perspektive?

Die im Gesetz geforderte „Zusätzlichkeit“ der Maßnahmen wird schon heute nicht eingehalten, bzw. ist so schwammig, dass seine Einhaltung kaum zu überprüfen ist. „Zusätzlich“ ist eine Tätigkeit dann, wenn sie ansonsten nicht oder nicht zum gegebenen Zeitpunkt geleistet werden würde. Real steht zu befürchten, dass z.B. Altenpflegekräfte und ErzieherInnen, die in den letzten Jahren dem Kahltschlag in allen Bereichen des sozialen Hilfesystems zum Opfer gefallen sind, und aus ihren regulierten Arbeitsverhältnissen entlassen wurden, künftig für einen 1,05 Euro/Stunde zum Arbeitslosengeld ihren früheren Arbeitsplatz mit selbst produzierter notwendiger Zusätzlichkeit wieder innehaben dürfen. Nur diesmal im Gewand einer „Gemeinnützigen Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung“, nahezu ohne Rechte, befristet und ohne Perspektive. Die Spirale des Lohndumping und der Entqualifizierung scheint unendlich.

Für jeden Prämienarbeitsplatz soll der Träger dem Vernehmen nach 500,- Euro im Monat von der Bundesagentur für Arbeit erhalten. Neben der Aufwandsentschädigung für die Teilnehmer sollen damit Kosten für Qualifizierung und die Verwaltung des Trägers gedeckt werden. 500 Euro im Monat: so billig ist es, Erwerbslose aus der Statistik zu be“fördern“! Eine Ausweitung dieser Maßnahmen, wie Bundeswirtschaftsminister Clement sie in

der Größenordnung von 600 000 Jobs bundesweit plant, setzt durch Zwangsdienste flächendeckendes Lohn-, Qualitäts-, Rechts- und Sozialdumping in Gang.

Die Spaltung in einen öffentlich geförderten Prämienarbeitsmarkt (=staatlich geförderten Niedriglohnsektor) und einen Normalarbeitsmarkt wird vertieft und erzeugt eine unheilvolle Konkurrenz, die letztendlich allen schadet.

Die Alternativen wären: Arbeitszeiten zu verkürzen, Mindestlöhne sichern und eine erträgliche Absicherung bei Arbeitslosigkeit gewährleisten.

Kürzung/Sperrzeit droht!

Die Beschäftigungsmaßnahmen mögen dazu angetan sein, die „Arbeitsbereitschaft“ der LeistungsbezieherInnen auf den Prüfstand zu stellen. Dass es dabei um die Durchsetzung von Sanktionen mit dem Ziel der Einsparung von Kosten geht zeigt sich spätestens daran, dass bei Ablehnung eines Prämienarbeitsplatzes eine Kürzung des Arbeitslosengeldes II bzw. bei unter 25jährigen eine Sperre droht und die Betroffenen gezwungen werden, trotz der Arbeitsgelegenheit eine bestimmte Anzahl an Bewerbungen um einen regulären Arbeitsplatz nachzuweisen.

Freiwillig ? Von wegen....

„Arbeitsgelegenheiten“ sind auch dann politisch abzulehnen, wenn diese „Maßnahmen“ freiwillig in Anspruch genommen werden. Diese freiwillige Inanspruchnahme geschieht häufig, um einer willkürlichen Zuweisung zu entgehen, die den persönlichen Eigenschaften und Qualifikationen völlig widerspricht und ändert nichts am Charakter dieser Zwangsmassnahmen, sondern verschleiert diesen nur.



Wir sind gegen die „Arbeitsgelegenheiten“

- weil es sich um Zwangsdienste handelt, die den Betroffenen keine Perspektive bieten und einen Ausweg aus der Erwerbslosigkeit erschweren
- weil sie zu einem Abbau qualifizierter, tariflich entlohnter und unbefristeter Stellen und zum Sozialdumping beitragen
- weil wir nicht der Ansicht sind, dass jede Arbeit besser als keine ist, denn Arbeit muss ein existenzsicherndes Einkommen erbringen
- weil die Arbeitslosigkeit bekämpft werden muss und nicht die Arbeitslosen

Montags ?Demo ! **Ab 17.30 Uhr auf dem Marktplatz** **gemeinsam gegen Sozialkahltschlag und** **Bildungsabbau**

- **Weil sie uns die Löhne kürzen**
- **Weil sie uns länger oder gar nicht arbeiten lassen**
- **Weil sie uns statt Ausbildung Billigjobs anbieten**
- **Weil wir überall abgezockt werden:**
 - wenn wir krank sind
 - wenn wir alt sind
 - wenn wir studieren wollen -
oder einfach schwimmen
wollen.....

WEIL ES EINFACH REICHT!!

Alle zusammen gegen die wenigen Reichen, die uns enteignen wollen!

V.i.S.d.P. Bremer Bündnis gegen
Sozialkahltschlag und Bildungsabbau,
www.sozialplenum.de/buendnis-2010/start.html,
Jürgen Willner, Tel. 7 75 59